Israel wird vorgeworfen, Gaza auszuhungern. Die humanitäre Situation in Gaza ist zweifellos sehr ernst, aber die einseitige Schuldzuweisung an die Adresse Israels wird der tatsächlichen Lage nicht gerecht.

Der Bericht der Integrated Food Security Phase Classification (IPC) vom 12. Mai 2025 klassifziert rund 470’000 Menschen in Gaza auf Stufe 5 ein, insbesondere im Norden Gazas. Stufe 5 bedeutet gemäss IPC, dass hier mindestens 20 % der Haushalte keinen Zugang zu ausreichender Nahrung haben – also rund 94’000 Menschen – und mindestens 30 % bzw. 141’000 Menschen von akuter Mangelernährung betroffen seien. 93 % der Menschen in Gaza gelten laut IPC als von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen, was eine drohende, nicht eine tatsächliche Hungersnot bedeutet.

Wer steht hinter der IPC?

Die IPC ist eine globale Partnerschaft, die 2004 von der FAO ins Leben gerufen wurde. Zu den Partnern gehören unter anderem das Welternährungsprogramm (WFP), USAID, Oxfam, Save the Children und CARE International. Ziel ist es, eine standardisierte Bewertung der Ernährungssicherheit bereitzustellen, um humanitäre Massnahmen besser zu koordinieren.

Oxfam unterstützte öffentlich die BDS-Kampagne (Boykott Israel). Save the Children arbeitete mit der Organisation DCI-P zusammen, deren Führungspersonal laut NGO Monitor mit der terroristischen PFLP verbunden ist. CARE International kooperierte mit der Union of Agricultural Work Committees (UAWC), die wegen Verflechtungen mit der palästinensischen Terrororganisation PFLP sogar vom niederländischen Staat von der Finanzierung ausgeschlossen wurde.

Die Lage in Gaza soll damit nicht kleingeredet werden, aber der Hintergrund diverser NGOs, die Daten zur humanitären Lage in Gaza liefern, lassen an deren Neutralität zweifeln.

Israel hat Gaza nicht systematisch abgeschnitten

Entgegen vielfach wiederholten Behauptungen hat Israel Gaza nicht systematisch von humanitärer Hilfe abgeschnitten. Die Koordinierungsstelle COGAT dokumentiert regelmässig Lieferungen von Nahrungsmitteln, Wasser und medizinischer Hilfe.

Jedoch wurden Hilfstransporte wiederholt von Terrorgruppen angegriffen oder von der Hamas beschlagnahmt. Israel hat seit Oktober 2023 nach eigenen Angaben über eine Million Tonnen Hilfsgüter ermöglicht. Die COGAT-Berichte dokumentieren tägliche Transporte durch israelisch kontrollierte Übergänge wie Kerem Shalom. Im März 2024 kam es u. a. zu Überfällen auf Konvois durch bewaffnete Gruppen, was Israel veranlasste, seine Bedingungen zur sicheren Verteilung zu verschärfen und das im Einklang mit dem Völkerrecht.

Völkerrecht berechtigt eingeschränkte Durchfuhr von Hilfsgütern

Gemäss Art. 23 des Völkerrechts kann ein Vertragsstaat die Durchfuhr von Hilfsgütern verbieten, wenn die Güter ihrer Bestimmung entfremdet werden, eine wirksame Kontrolle der Verteilung nicht möglich ist oder der Feind daraus einen offensichtlichen militärischen oder wirtschaftlichen Vorteil zieht, also im Falls Israels dessen Sicherheit bedroht.

- Um zu verhindern, dass Hilfsgüter für die Bevölkerung in die Hände der Hamas fallen, hat Israel deshalb in Zusammenarbeit mit Partnern wie den USA einen neuen Mechanismus vorgeschlagen, um Hilfsgüter besser zu verteilen – unter internationaler Aufsicht, ohne dass sie von der Hamas missbraucht werden können. Dennoch lehnten viele Hilfsorganisationen diesen Vorschlag mit Verweis auf angebliche «Militarisierung der Hilfe» ab.

Im Übrigen hat auch Ägypten, welches die Grenze zu Gaza bei Rafah kontrolliert, hat den Zugang stark eingeschränkt. Ägypten begründet dies mit Sicherheitsinteressen und Angst vor einem Massenzustrom von Flüchtlingen. Der Übergang ist monatelang weitgehend geschlossen gewesen – aus politischen und logistischen Gründen.

Die Lage in Gaza ist zweifellos ernst, doch eine Hungersnot im gesamten Gazastreifen ist derzeit nicht belegt – vielmehr droht sie in bestimmten Gebieten,

vor allem im Norden. Israel hat jedoch klar die rechtliche und sicherheitspolitische Verantwortung, Hilfe zu ermöglichen, aber unter Bedingungen, die nicht die Hamas stärken.